

Antrag

der Abgeordneten Elke Ferner, Roland Kohn, Doris Barnett, Lothar Fischer (Homburg), Dr. Hansjörg Schäfer, Heinz Schmitt (Berg), Siegfried Vergin, Hans Georg Wagner, Dr. Konstanze Wegner, Lydia Westrich, Brigitte Adler, Robert Antretter, Dr. Herta Däubler-Gmelin, Karl Diller, Annette Faße, Monika Ganseforth, Angelika Graf (Rosenheim), Klaus Hagemann, Klaus Hasenfratz, Reinhold Hiller (Lübeck), Gerd Höfer, Lothar Ibrügger, Klaus Kirschner, Fritz Rudolf Körper, Konrad Kunick, Brigitte Lange, Christa Lörcher, Erika Lotz, Heide Mattischeck, Dr. Jürgen Meyer (Ulm), Siegmars Mosdorf, Jutta Müller (Völklingen), Günter Oesinghaus, Dr. Eckhart Pick, Karin Rehbock-Zureich, Gudrun Schaich-Walch, Siegfried Scheffler, Ottmar Schreiner, Dr. R. Werner Schuster, Horst Sielaff, Wieland Sorge, Joachim Tappe, Jörg Tauss, Adelheid Tröscher, Ute Vogt (Pforzheim), Hans Wallow, Matthias Weisheit, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Dr. Norbert Wieczorek, Berthold Wittich, Uta Zapf

Hochgeschwindigkeitsverbindung Paris–Ostfrankreich–Südwestdeutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Hochgeschwindigkeitsverbindung Paris–Ostfrankreich–Südwestdeutschland (POS) und ihre Weiterführung über Frankfurt, Berlin und München nach Ost- und Südosteuropa stellt eine zentrale Verbindung zwischen den westeuropäischen und osteuropäischen Staaten dar und verknüpft wichtige europäische Wachstums- und Innovationszentren.

Eine schnelle Anbindung an das europäische Eisenbahnhochgeschwindigkeitsnetz ist deshalb von grundlegender Bedeutung für die Menschen und die Wirtschaft in Europa, aber auch für die Länder Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Mit der Hochgeschwindigkeitsverbindung POS kann deren geographisch zentrale Lage im zusammenwachsenden Markt in einen ökonomischen Vorteil umgewandelt werden. Dieses wichtige Verkehrsprojekt ist daher von hoher wirtschaftlicher Bedeutung und darüber hinaus ein Beitrag zur europäischen Integration.

In der Vereinbarung von La Rochelle vom 22. Mai 1992 haben die Regierungen Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland vereinbart, die Hochgeschwindigkeitsverbindung POS in zwei gleichwertigen Ästen zu realisieren. Dem Nordast mit der Verbindung Paris–Metz–Saarbrücken–Kaiserslautern–Mannheim mit Weiterführung über Frankfurt nach Berlin kommt dabei für die Länder Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg eine

überragende Bedeutung zu. Der Südast über Straßburg und Karlsruhe ist von besonderer Bedeutung für Baden-Württemberg.

Seit der Vereinbarung von La Rochelle vom 22. Mai 1992 hat es immer wieder Unsicherheit darüber gegeben, in welchem Zeitraum die Verknüpfung des deutschen mit dem französischen Hochgeschwindigkeitsnetz konkret umgesetzt werden kann. Sorge bereitet auch die Frage, inwieweit für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung und darüber hinaus seitens des Bundes noch Finanzmittel in einem Umfang vorgesehen sind, die eine Inbetriebnahme der Strecke alsbald zur Jahrtausendwende ermöglichen.

Zum anderen gibt der Stand des Projektes auf der französischen Seite Anlaß zur Sorge. Derzeit ist nicht erkennbar, wie die gleichwertige Realisierung beider Äste der Hochgeschwindigkeitsverbindung POS erreicht werden kann.

Inzwischen sind auch neue Fahrzeugtechniken, wie die Neigetechnik, in die Diskussion gekommen, die das bisherige Konzept der Hochgeschwindigkeitsverbindung POS in Frage stellen.

Darüber hinaus stellt die Vereinbarung vom 10. Dezember 1996 die in der Vereinbarung von La Rochelle geforderte Gleichwertigkeit des Nordastes mit dem Südast in Frage.

Ein endgültiges Konzept der Hochgeschwindigkeitsverbindung POS, das Klarheit über die Trasse der Hochgeschwindigkeitsverbindung POS und über die einzusetzenden Fahrzeuge auf der Hochgeschwindigkeitsverbindung POS schafft, einen verlässlichen Zeitrahmen vorgibt und die Finanzierung auf solide Grundlagen stellt, fehlt bisher. Die betroffenen Länder brauchen jedoch klare Grundlagen und verlässliche Zusagen über die Realisierung der Hochgeschwindigkeitsverbindung POS.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ihre bisherigen Aussagen, daß die Hochgeschwindigkeitsverbindung POS für sie absolute Priorität hat, durch verlässliche Finanzierungszusagen aufgrund aktueller Preisstände zu ergänzen,
2. mit der Deutschen Bahn AG zügig eine Finanzierungsvereinbarung zu treffen, die es ermöglicht, so rasch wie möglich mit der Realisierung der Hochgeschwindigkeitsverbindung POS zu beginnen, und die einen dem Südast gleichwertigen Ausbau über Saarbrücken–Kaiserslautern–Mannheim sicherstellt,
3. bei der französischen Regierung darauf zu drängen, daß die Hochgeschwindigkeitsverbindung POS auf französischer Seite gemäß der Vereinbarung von La Rochelle rasch realisiert wird,
4. zusammen mit der Deutschen Bahn AG und den beteiligten französischen Institutionen eine Verständigung über Trasse und Fahrzeuge herbeizuführen, mit denen die in La Rochelle vereinbarten Fahrzeiten am wirtschaftlichsten erzielt werden können. Dabei kann die Verwendung von Neigetechnikzügen

nur vorübergehend sein, wie dies die Deutsche Bahn AG auch vorgeschlagen hat,

5. gegenüber allen Beteiligten auf der Gleichwertigkeit des Nordastes und des Südastes der Hochgeschwindigkeitsverbindung POS im Hinblick auf Fahrzeiten, Trassenstandard, Fahrzeugtechnik und Komfort zu bestehen und
6. sich bei Frankreich dafür einzusetzen, daß die Finanzierung der notwendigen Investitionen für den Ausbau beider Äste der Hochgeschwindigkeitsverbindung POS sichergestellt wird und die EU einen angemessenen Finanzierungsbeitrag im Rahmen der prioritären Projekte der transeuropäischen Verkehrsnetze leistet.

Bonn, den 19. Februar 1997

Elke Ferner
Roland Kohn
Doris Barnett
Lothar Fischer (Homburg)
Dr. Hansjörg Schäfer
Heinz Schmitt (Berg)
Siegfried Vergin
Hans Georg Wagner
Dr. Konstanze Wegner
Lydia Westrich
Brigitte Adler
Robert Antretter
Dr. Herta Däubler-Gmelin
Karl Diller
Annette Faße
Monika Ganseforth
Angelika Graf (Rosenheim)
Klaus Hagemann
Klaus Hasenfratz
Reinhold Hiller (Lübeck)
Gerd Höfer
Lothar Ibrügger
Klaus Kirschner
Fritz Rudolf Körper
Konrad Kunick
Brigitte Lange

Christa Lörcher
Erika Lotz
Heide Mattischeck
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Siegmar Mosdorf
Jutta Müller (Völklingen)
Günter Oesinghaus
Dr. Eckhart Pick
Karin Rehbock-Zureich
Gudrun Schaich-Walch
Siegfried Scheffler
Ottmar Schreiner
Dr. R. Werner Schuster
Horst Sielaff
Wieland Sorge
Joachim Tappe
Jörg Tauss
Adelheid Tröscher
Ute Vogt (Pforzheim)
Hans Wallow
Matthias Weisheit
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Dr. Norbert Wieczorek
Berthold Wittich
Uta Zapf

